

**HAGEN**Stadt der FernUniversität
Der Oberbürgermeister

Seite 1

Drucksachennummer:

0709/2023

Datum:

30.08.2023

ANFRAGE GEM. § 5 GESCHÄFTSORDNUNG

Absender:

SPD-Fraktion im Rat der Stadt Hagen

Betreff:Anfrage der SPD-Fraktion
hier: Vergabepaxis der Stadtverwaltung - DeutschlandTicket**Beratungsfolge:**

07.09.2023 Haupt- und Finanzausschuss

Anfragetext:

Welche Mitarbeiter*innen (Angestellte und/oder Beamte) haben bislang das verbilligte Deutschland-Ticket von ihrem Arbeitgeber, der Hagener Stadtverwaltung erhalten?

Kurzfassung

Entfällt

Begründung

Siehe Anlage

Inklusion von Menschen mit Behinderung

Belange von Menschen mit Behinderung

☒ sind nicht betroffen**Auswirkungen auf den Klimaschutz und die Klimafolgenanpassung**☒ keine Auswirkungen (o)



Herrn
Oberbürgermeister
Erik O. Schulz
im Hause

Hagen, 28. August 2023

Deutschland-Ticket
hier: Vergabepraxis der Stadtverwaltung

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Schulz,

wir bitten um Aufnahme der og. Anfrage für die nächste Sitzung des
Haupt- und Finanzausschusses, gem. § 5 Abs.1 GeschO, am 7. September 2023.

Anfrage:

Welche Mitarbeiter*innen (Angestellte und/oder Beamte) haben bislang das verbilligte
Deutschland-Ticket von ihrem Arbeitgeber, der Hagener Stadtverwaltung erhalten?

Begründung:

In der Ältestenratssitzung vom 27.4.2023 hat Oberbürgermeister Schulz Ausführungen über den
Wechsel vom bisherigen Firmenticket hin zum verbilligten Deutschland-Ticket (34,30 Euro) zum 1.
Mai 2023 für alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung gemacht. Die SPD-Fraktion
begrüßt grundsätzlich diese Förderung für die Nutzung des ÖPNV, die allerdings rechtssicher sein
muss.

Wie aus verschiedenen Medienberichten hervorgeht, wird sowohl die Vergabepraxis als auch die
Bezuschussung in den NRW-Kommunen sehr unterschiedlich gehandhabt. Dabei wurde
insbesondere darauf hingewiesen, dass eine subventionierte Übertragung des Tickets auf
Beamtinnen und Beamte aufgrund einer Bestimmung in der Landesbesoldungsverordnung nicht
zulässig ist.

Um ärgerliche Rückzahlungen zu vermeiden – das Beamtenrecht lässt keine Ausschlussfristen zu
– müsste der Oberbürgermeister die Ausgabe der Tickets an Beamtinnen und Beamte
gegebenenfalls vorerst stoppen, bis eine rechtssichere Lösung hoffentlich zeitnah gefunden ist.

Mit freundlichem Gruß



Claus Rudel
SPD-Ratsfraktion

